

## Pressemitteilung

16.November 2007

### **Schülerkosten in Berlin bundesweit am höchsten Neue Studie belegt: Ein Berliner Schüler kostet bis zu 9.390 Euro pro Jahr/ Staatliche Schulen sind teurer als bisher angenommen / Finanzhilfe für Privatschulen zu niedrig**

**Berlin.** Staatliche Schulen sind teurer, als vom Senat bisher angenommen, die Finanzhilfe für freie Schulen in Berlin ist dagegen zu niedrig. Diesen Schluss erlaubt das von der Software AG - Stiftung Darmstadt in Auftrag gegebene und vom Steinbeis-Transferzentrum für Wirtschafts- und Sozialmanagement Heidenheim erstellte Gutachten zu den Schülerkosten in Berlin, das heute im Tagungszentrum der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde.

Laut Statistischem Bundesamt hat die öffentliche Hand im Jahr 2004 für jeden Schüler an einer staatlichen Grundschule 4.500 Euro ausgegeben. Nach der Studie des Steinbeis-Transferzentrums haben die tatsächlichen Kosten pro Schüler im Jahr 2004 bei rund 6.266 Euro gelegen. Damit ergibt sich bereits bei einem Grundschüler eine Differenz von rund 1.766 Euro. „Weil die amtliche Statistik nicht sämtliche Kosten der staatlichen Schulen erfasst, ist auch die staatliche Finanzhilfe für die Privatschulen zu niedrig“, kritisiert Prof. Dr. Dirk Randoll von der Software AG- Stiftung. Dieses Beispiel lasse sich im Prinzip auf alle Schulformen übertragen, so Randoll: „Die Folge dieser Unterfinanzierung sind zum Teil überhöhte Schulgelder und eine Selbstausbeutung der Privatschulen, die die fehlenden Mittel durch Mehrarbeit ihrer Mitarbeiter, durch Sparmaßnahmen bei der Ausstattung und durch Eigenleistungen der Eltern versuchen auszugleichen.“

Die freien Schulen fordern den Senat daher auf, bei der Berechnung der Finanzhilfe für Privatschulen die tatsächlichen Kosten staatlicher Schulen und nicht nur einen Teil zu berücksichtigen. Es müsse jetzt rasch regiert werden und die Ersatzschulfinanzierung auf eine realistische Berechnungsgrundlage gestellt werden.

Die Steinbeis-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass, je nach Schultyp, Gesamtkosten in Höhe von ca. 4800 Euro (Realschulen) bis ca. 9.390 Euro (Hauptschulen) pro Schüler entstanden sind. Aufgrund ihrer besonderen Struktur bilden die Förderschulen (Sonderschulen) mit rund 14.841 Euro pro Schüler zu veranschlagenden Kosten eine Ausnahme. Wegen unsicherer Zahlenwerte lagen für Berliner Hauptschulen bisher keine Angaben des Statistischen Landesamtes vor.

Der Großteil der Gesamtkosten (70% bis 80%) entfällt nach der Studie auf den Personalbereich, der auch die zukünftigen Krankheits-, Pflege- und Pensionslasten berücksichtigt. An zweiter Stelle rangieren die Immobilien, die abhängig vom Schultyp, zwischen 10 und 15 Prozent der Kosten verursachen. Dabei seien über den Ansatz kalkulatorischer Mieten die Kosten der Kapitalbindung sowie der Instandhaltung der Immobilie

einbezogen worden. „Mit einem Anteil von gut 2 bis knapp 8 Prozent wirken sich die Verwaltungs- und Sachkosten, die sowohl auf der Landes- als auch auf der kommunalen Ebene ermittelt wurden, am geringsten aus“, so Prof. Dr. Bernd Eisinger und Prof. Dr. Peter K. Warndorf vom Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement Heidenheim.

Die Studie legt die Kosten pro Schüler für 2004 an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Berlin zugrunde. Mit den Personalkosten, den Sachkosten, den Verwaltungskosten und den Immobilienkosten wurden alle relevanten Teilbereiche einbezogen. Die Studie basiert primär auf Daten der offiziellen Statistik. Ergänzend wurde eine empirische Untersuchung durchgeführt, die alle 755 allgemeinbildende Schulen Berlins mit mehr als 320.000 Schülern einbezog. Die Ergebnisse wurden auf Basis eines betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatzes ermittelt, wobei stets auf eine restriktive, die Realität eher unterzeichnende Bewertung Wert gelegt wurde.

Die Software AG-Stiftung will mit der Veröffentlichung von Studien zu den Schülerkosten in den einzelnen Bundesländern Transparenz in der Kostenstruktur des Bildungswesens herstellen. „Nur wenn die tatsächlichen Kosten von Bildung bekannt sind, kann über deren Effizienz geurteilt werden. Maßnahmen lassen sich nur optimieren, wenn auch Finanzpläne mit ihren Werten stimmen“, begründet Prof. Dr. Dirk Randoll von der Software AG Stiftung. Schulen in freier Trägerschaft sollten ihre finanzielle Situation mit den politisch Verantwortlichen zukünftig auf der Basis objektiver und nachvollziehbarer Daten verhandeln können.

Das vom Gesetzgeber definierte Gleichheitsgebot werde offensichtlich in vielen Bundesländern verletzt, Schulvielfalt und Wahlfreiheit seien in Frage gestellt, so Randoll: „Ein Blick über die deutschen Grenzen zeigt, dass man in anderen Ländern dem Freien Schulwesen weit aus mehr und mit Erfolg bessere Entwicklungsmöglichkeiten einräumt.“

Weitere Gutachten zu Schülerkosten hat die Software AG Stiftung bisher für die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt erstellen lassen. Deren Veröffentlichung hat zum Teil bereits zu deutlichen Korrekturen in der Bildungspolitik der betroffenen Länder geführt.

**Kontakt:**

Prof. Dr. Dirk Randoll  
Software AG-Stiftung  
Am Eichwäldchen 6  
64297 Darmstadt  
Telefon: (06151) 91 66 5-0  
Fax: (06151) 91 66 5-129  
e-mail: D.Randoll@sagst.de  
[www.software-ag-stiftung.de](http://www.software-ag-stiftung.de)